



Anschluss an Petition

Studierendenparlament
TU Braunschweig

Technische Universität
Braunschweig
**Studierendenparlament
Präsidium**

Katharinenstraße 1
38106 Braunschweig
Deutschland

**Benedikt Christ
Samarah Reslan
Wassili Kreuzer**

Tel: +49 170 9643631
stupa@tu-bs.de
[www.tu-
braunschweig.de/stupa](http://www.tu-braunschweig.de/stupa)

Datum: 06.12.2024

„Studierendenwerke retten, alle Studiengebühren abschaffen und Sparzwang stoppen!“

Das Studierendenparlament der TU Braunschweig hat auf seiner 10. ordentlichen Sitzung am 27. November 2024 beschlossen, sich den Forderungen der Demonstration der Landes-ASten-Konferenz Niedersachsen vom 02.12.2024 in Hannover sich der damit verbundenen Petition mit dem Titel „Studierendenwerke retten, alle Studiengebühren abschaffen und Sparzwang stoppen!“ anzuschließen. Die Forderungen der Landes-ASten-Konferenz lauten:

1. *Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags und der Langzeitstudiengebühren*
2. *Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte (TVStud.)*
3. *Psychologische Beratungsangebote ausbauen*
4. *Das Niedersachsenmenü (2,50€ Menü) verlängern*
5. *Die Grundfinanzierung der Studierendenwerke um 25% mit Inflationsanpassung erhöhen*
6. *Mehr Wohnheimplätze durch das Sonderprogramm "Junges Wohnen" ermöglichen*
7. *Systematisches und einheitliches Beschwerdemanagement gegen Machtmissbrauch*

Die Studierendenparlament unterstützt somit die Bestrebungen der Landes-ASten-Konferenz, dass auch die (zukünftigen) Studierenden der TU Braunschweig finanziell entlastet und Zahlungsverpflichtungen dieser Statusgruppe, unter anderem in Bezug auf Wohnheimmieten kalkulierbarer gemacht werden.

Allen Studierenden der TU steht es frei die Petition individuell durch eine Unterschrift zu unterstützen.

Der vollständige Petitionstext ist im **Anhang** aufgeführt.

gez. Das Präsidium des Studierendenparlaments

im Auftrag des Studierendenparlaments der TU Braunschweig

Petitionstext – Zusammenlegung von Studiwerk und NHG Forderungen

[Titel]

Studierendenwerke retten, alle Studiengebühren abschaffen und Sparzwang stoppen!

Studierende müssen entlastet werden! Das wollen wir ganz konkret:

- **Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags und der Langzeitstudiengebühren**
- **Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte (TVStud)**
- **Psychologische Beratungsangebote ausbauen**
- **Das Niedersachsenmenü (2,50€ Menü) verlängern**
- **Die Grundfinanzierung der Studierendenwerke um 25% mit Inflationsanpassung erhöhen**
- **Mehr Wohnheimplätze durch das Sonderprogramm "Junges Wohnen" ermöglichen**
- **Systematisches und einheitliches Beschwerdemanagement gegen Machtmissbrauch**

An öffentlichen Unis in Deutschland zahlen wir keine Studiengebühren, oder? Stimmt nicht ganz. In Niedersachsen wird weiterhin der sogenannte "Verwaltungskostenbeitrag" erhoben, darüber hinaus auch als eines der letzten Bundesländer die Langzeitstudiengebühren.

Dieser Verwaltungskostenbeitrag gleicht einer Studiengebühr durch die Hintertür, weswegen er in einigen Bundesländern (u. a. Bayern und Nordrhein Westfalen) schon wieder abgeschafft wurde. Im Frühjahr 2025 wird das Niedersächsische Hochschulgesetz reformiert. Lasst uns gemeinsam alle Studiengebühren in Niedersachsen abschaffen und zeitgleich die Studierendenwerke retten.

Denn:

Die Soforthilfe der Landesregierung für die Studierenden von 2022 läuft aus.

Die Studierendenwerke werden immer schlechter finanziert und die Grundfinanzierung sinkt seit Jahrzehnten und liegt in Niedersachsen inzwischen bei ca. 8% bis 12%.

Desto stärker werden wir als Studierende herangezogen, um unsere eigene soziale Versorgung zu finanzieren. Als Studierende tragen wir den größten Anteil der Kosten für das, was die Aufgabe der Landesregierung ist. Was bedeutet das genau? Kurz:

- **Die Mensapreise steigen**
- **Die Semesterbeiträge steigen**
- **Notfallfonds müssen aufgelöst werden**
- **Das sozialverträgliche Niedersachsenmenü fällt weg**
- **Wohnheimplätze können nicht ausreichend gebaut werden**
- **Sozialpsychologische Beratungsangebote werden nicht erweitert**
- **Der Studienplatz und das Wohnangebot werden zum Luxus**

Besonders Ost-Niedersachsen und Göttingen sind davon betroffen, aber auch in Hannover ist der Beitrag mittlerweile einer der höchsten – bundesweit. Durch die zusätzlichen Preiserhöhungen des Deutschlandtickets, wird der Semesterbeitrag an einigen Standorten dadurch teilweise um mehr als 50 Euro steigen. Das ist aber noch nicht alles.

Die Soforthilfe war ursprünglich als "Krisenbewältigung" gedacht. Die Krise ist aber nicht wirklich vorbei und trotz sinkender Inflation steigen jegliche Preise. Betroffen sind nicht nur Mensapreise, sondern alle Lebenserhaltungskosten. Wohnheimplätze sind rar und teuer, immer weniger bekommen BAföG und selbst kleinste Lohnerhöhungen, wie für studentische Hilfskräfte, müssen

hart erkämpft werden. Mal ganz von den horrenden Mietpreisen in Städten abgesehen, die dank mangelndem Ausbau und nicht effektiver Mietpreisbremsen zu einem Studiumskiller werden. Sie entscheiden stärker wie nie, welche Menschen das Privileg zum Studieren haben - insbesondere nach dem aktuellen BAFöG Urteil.

Das alles ist nicht neu. Schon 2021 haben wir dafür gekämpft, die Belastungen für Studierende zu senken, weil insbesondere Studierende in besonderen Lebenslagen von unfairen Langzeitstudiengebühren betroffen sind. Bis auf die Soforthilfe hat sich jedoch nichts getan. Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus.

Wo fließt also das gesamte Geld hin? In VW-Fonds und Aktionärs Gewinne? Jedenfalls zu wenig in unsere Bildung. Dabei haben wir den Sanierungsstau unserer Hochschulen noch nicht einmal erwähnt, denn an vielen Orten bröckelt oder schimmelt es - während die Technik hinterherhinkt. So lässt sich die Klimakrise nicht aufhalten, vor allem wenn eine gesetzliche Investitionsbremse nicht hinterfragt wird. Gesamtgesellschaftlich brennt es. Davon sind Studierende nicht ausgenommen - im Gegenteil.

Wir wollen Solidarität statt Sparzwang!

Quellen:

<https://www.studentenwerk-hannover.de/essen/niedersachsen-menue>

<https://stw-on.de/news/hohe-investitionen-in-wohnheime-notig-kaum-unterstuetzung-vom-land>

<https://stw-on.de/news/sondermittel-des-landes-aufgebraucht-subventionen-laufen-aus>

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_N044_62.html

<https://www.fzs.de/2024/08/28/studentische-armut-steigt-weiter/>

<https://mlp-se.de/presse/studentenwohnreport/>

<https://www.univativ-magazin.de/petition-erhoehung-der-zuschuesse-fuer-studentenwerke-und-abschaffung-des-verwaltungskostenbeitrags-fuer-studierende/>

Unterschreibe jetzt, um die Studierendenwerke zu retten, alle Studiengebühren abzuschaffen und den Sparzwang zu stoppen!